



Regierungsratsbeschluss vom 18. August 2026

Ständerat RK-S; Umsetzung der Pa. Iv. 21.464 "Anpassung von Artikel 276 StGB und Artikel 98 MStG an die heutige Realität zur Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit"; Vernehmlassung

P260695

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz (BJ).

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die Vorlage, wonach die Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit durch Artikel 276 StGB verringert werden soll, indem künftig auf die Bestrafung der blossen öffentlichen Aufforderung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten verzichtet wird.

